

Kaum Fortschritte auf dem Weg zu einer geringeren Klimabelastung

Schwellenländer wie China und Erdölexporture wie Saudi-Arabien bremsen bei den Klimaverhandlungen in Warschau / Kleiner Erfolg beim Schutz der Wälder

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

WARSCHAU. Schlechte Halbzeitbilanz: Seit zwei Jahren verhandelt die Staatengemeinschaft auf Konferenzen über einen globalen Klimavertrag, der 2015 in Paris unterschriftsreif sein soll. In den kommenden beiden Jahren muss sie gehörig an Tempo zulegen, um das Ziel zu erreichen. Bei der Klimakonferenz von Warschau, die am Samstag nach zähen Verhandlungen zu Ende ging, ging es vor allem um drei große Themen: Die Rolle der erstarkenden Schwellenländer wie China in dem neuen Vertragswerk, die rechtliche Verbindlichkeit der Klimaschutzziele und die Unterstützung der vom Klimawandel oft hart getroffenen Entwicklungsländer.

Zumindest ein gute Nachricht gibt es: Seit den Klimaverhandlungen in Warschau ist der Gegensatz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern Geschichte. Jetzt heißt es: „die Willigen gegen die Unwilligen“, wie es der Sprecher von EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard formulierte. Die Unwilligen sind ein neuer Block, zu dem China, Indien, südame-

rikanische Länder wie Venezuela und Opec-Staaten wie Saudi-Arabien zählen. Sie wollten verhindern, dass die Länder ihre Kohlendioxid-(CO₂)-Reduktionsziele bereits Anfang 2015 bekannt geben müssen. Dies ist den Bremsern nicht gelungen. So bleibt genug Zeit, um diese Ziele zu überprüfen, bevor Ende 2015 ein neuer Weltklimavertrag verabschiedet wird.

Insbesondere China wird für seine Haltung kritisiert: „China macht große Fortschritte bei Kampf gegen die Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke und beim Ausbau erneuerbarer Energien. Aber das übersetzt sich noch nicht in den Willen, auf globaler Ebene eine Führungsrolle zu übernehmen“, sagt Martin Kaiser, der Chef der Greenpeace Delegation. „Wenn ich meinen chinesischen Kollegen reden höre, fühle ich mich wie in einer Zeitschleife gefangen“, bemerkte der Leiter der US-Delegation Todd Stern.

Die schwersten Auseinandersetzungen gab es aber bei einem anderen Thema: der Schaffung eines Ausgleichs für Verluste und Schäden durch den Klimawandel. Hier forderten die Entwicklungsländer eine neue Institution mit eigenem Geld. Sie hoffen so, ihrem Ziel von Kom-

pensationen für Klimaschäden näher zu kommen. Brisanz erhielt dieses Thema durch den Supertaifun Haiyan in den Philippinen, dessen Kosten mittlerweile auf sechs Milliarden Dollar (4,42 Milliarden Euro) geschätzt werden.

Doch die Industriestaaten lehnen einen neue Institution vehement ab, und sehen den Ausgleich als Teil des bestehenden Fonds für die Anpassung an den Klimawandel. Damit konnten sich die Industriestaaten durchsetzen. Um dem Anpassungsfonds größere Glaubwürdigkeit zu verleihen, haben einige EU-Länder dessen Mittel auf 100 Millionen Dollar aufgestockt. Der Fonds ist nun arbeitsfähig.

Kurz vor Aufnahme seiner Tätigkeit steht außerdem der Green Climate Fund, dessen Statuten in Warschau abegesenet wurden. Der Fonds wurde mit dem Ziel gegründet, Geld für Klimaprojekte in Entwicklungsländern bereitzustellen. Hier hat man sich darauf geeinigt, dass jedes Projekt zuerst auf seine Wirksamkeit geprüft wird, bevor es gefördert werden kann. Ungelöst bleibt allerdings die Frage, wie viel Geld den verschiedenen Klimafonds zur Verfügung steht und woher die-



Die Gletscher schmelzen wegen höherer Temperaturen. FOTO: DPA

ses Geld kommt. 2009 hatten die Industrieländer versprochen ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar bereit zu stellen – zusätzlich zur Entwicklungshilfe.

Hier wollten die Entwicklungsländer einen Fahrplan sehen, der zeigt wie die Klimahilfen anwachsen und wie viel Geld vor 2020 bereitgestellt wird. Diesen Fahr-

plan haben sie nicht bekommen, nicht zuletzt weil noch unklar ist woher das Geld kommt: aus den Staatshaushalten der Industriestaaten oder aus der Wirtschaft.

Einige Länder haben allerdings bereits großzügige Zusagen gemacht. So hat Japan angekündigt, in den nächsten drei Jahren 16 Milliarden Dollar auszugeben. Dabei handelt es sich aber um eine Art Ablass: Tokio hat gleichzeitig angekündigt, seine Emissionen bis 2020 nicht um 25 zu senken, sondern um drei Prozent im Vergleich zu 1990 zu erhöhen.

Der größte Erfolg des Warschau-Gipfels ist derweil der Schutz der Wälder. Es gibt einen Fonds bei der Weltbank gegen die Waldzerstörung. Im Laufe der Konferenz haben Großbritannien, Norwegen und die USA angekündigt, 280 Millionen Dollar in diesen Fonds einzubringen.

Mit diesen Beschlüssen haben die Klimaverhandler den Verhandlungsprozess vor der Irrelevanz bewahren können. Der Abschluss mit mehr als 24 Stunden Verspätung zeigt aber, dass die Länder der Welt noch immer große Schwierigkeiten haben der gemeinsamen Herausforderung durch die Klimakrise eine gemeinsame Antwort entgegen zu setzen.